

Antrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Ruth Müller, Christian Flisek SPD**

Flutpolder: Die Menschen in Niederbayern brauchen verlässlichen Hochwasserschutz

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Bayerischen Landtag umgehend darzulegen,

- mit welcher fachlichen Begründung die drei Flutpolder Bertoldsheim (Landkreis Neuburg-Schrobenhausen) sowie Eltheim und Wörthhof (Landkreis Regensburg) fallen gelassen werden,
- bis wann diese Flutpolder voraussichtlich fertiggestellt worden wären,
- welches genaue Rückhaltevolumen sie gehabt hätten,
- mit welchen konkreten Maßnahmen jetzt die gleiche Schutzwirkung erreicht werden soll,
- bis wann diese neue Maßnahmen umgesetzt werden, und
- welche wissenschaftlich-fachliche Bewertung Grundlage für die Annahme ist, dass etwaige alternative Maßnahmen die gleiche Schutzwirkung erzielen.

Begründung:

Die letzten großen Hochwasser in Bayern wie das katastrophale Junihochwasser 2013 haben deutlich gezeigt, mit welchen enormen Gefahren insbesondere im Donaauraum, vor allem in Niederbayern, gerechnet werden muss. Allein das Pfingsthochwasser 2013 verursachte nach Angaben des Landesamts für Umwelt in Bayern Schäden von mehr als 1,3 Milliarden Euro. Der Schutz von Menschenleben und Eigentum durch effektive Hochwasserschutzprogramme ist deshalb eine besonders wichtige staatliche Aufgabe, die von der Politik nach objektiven Kriterien entschieden sowie effektiv verfolgt und durchgesetzt werden muss. Angesichts der enormen Gefahren für Menschen und Sachwerte darf es hier keinerlei Spielraum für faule Kompromisse, Mauschelei und billigen Populismus geben.

Die bayerische Staatsregierung hat aus diesem Grund das Hochwasserschutzprogramm 2020 bzw. 2020plus aufgelegt, mit dem Bayern nach den Worten des ehemaligen Umweltministers Marcel Huber "hochwasserfest" gemacht werden sollte. Eines seiner bisher für unverzichtbar gehaltenen Elemente waren dabei gesteuerte Flutpolder. Sie sollten, so die frühere zuständige Staatsministerin Ulrike Scharf, Bayerns "Festungen" gegen Hochwasser bilden. Die

Staatsregierung folgte dabei einem wissenschaftlich fundierten Konzept, das am Lehrstuhl für Wasserbau und Wasserwirtschaft der Technischen Universität (TU) München von 2009 bis 2012 erarbeitet wurde. Das Konzept wurde in detaillierten Modellrechnungen so genau wie möglich validiert. Die geplanten Flutpolder wurden dabei von den Experten als alternativlose Maßnahme zum Schutz von Leben und Eigentum der betroffenen Menschen angesehen. Diese Auffassung wurde bis vor kurzem auch noch von der bayerischen Staatsregierung vertreten. Die damit betrauten Wissenschaftler kamen sogar zu dem Schluss, dass Polder wahrscheinlich eine Katastrophe wie in Fischerdorf hätten verhindern können, wenn sie 2013 bereits existiert hätten.

In den Koalitionsverhandlungen nach der Landtagswahl 2018 einigten sich die neuen Koalitionspartner CSU und Freie Wähler allerdings schnell darauf, die drei Flutpolder Bertoldsheim (Landkreis Neuburg-Schrobenhausen) sowie Eltheim und Wörthhof (Landkreis Regensburg) komplett zu streichen. Die Landräte in diesen Kreisen gehören den Freien Wählern an. Diese führte in der Öffentlichkeit zu der Kritik, dass für diese Entscheidung nicht Sachargumente, sondern andere Gründe eine Rolle gespielt haben könnten. Der neue Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger von den Freien Wähler begründete den Verzicht gegenüber der Öffentlichkeit allerdings damit, dass man die Flutpolder einfach durch ein verbessertes Staustufenmanagement und mehr Regenrückhalt ersetzen wolle.

Zwischen Regensburg und Straubing würden nach Meinung von Experten mit dem Verzicht auf die Polder rund drei Viertel des geplanten Rückhaltevolumens entfallen. Die Wirkung insbesondere des größten der drei Flutpolder hätte noch in bis zu 100 km Entfernung messbare Schutzeffekte. Professor Rutschmann vom o.g. Lehrstuhl der TU München problematisierte die Annahme, man könne große Hochwasser relativ einfach mit Staustufenmanagement kontrollieren. Diese erfordere besonders komplexe Berechnungen und ein sehr schwieriges Management. In der Passauer Neuesten Presse vom 26. November 2018 sagte Professor Rutschmann wörtlich: "Weltweit sind die meisten Dammbüche durch Fehloperationen von Wehren ausgelöst worden".

Angesichts der extremen Gefahren durch Hochwasser wie im Jahr 2013 ist es unverzichtbar, dass die Staatsregierung jetzt klar darlegt, mit welcher fachlichen Begründung auf die genannten Flutpolder verzichtet werden soll, und welche wissenschaftlich begründeten alternativen Maßnahmen mit mindestens der gleichen Schutzwirkung und im gleichen Zeitraum verwirklicht werden sollen.